

Naturschützer klagen über Kahlschlag an den Straßen

„Pro grün“ protestiert in Düsseldorf

Von Jürgen Polzin

WAZ Essen. Naturschützer werfen dem Landesbetrieb Straßenbau NRW vor, Grünflächen entlang der Straßen im Ruhrgebiet kahlszuschlagen, um die jährlichen Unterhaltskosten niedrig zu halten.

Die Art und Weise, wie derzeit landesweit die Bäume und Sträucher zurückgeschnitten würden, sei eine „unverantwortliche Straßengrünvernichtung“, kritisiert der Grünflächenverein „pro grün“ in Bochum. Dies habe mit Grünpflege nichts mehr zu tun. Der Verein stützt sich dabei unter anderem auf Berichte von Anwohnern des Zeppelindamms in Wattenscheid, sowie aus Bochum und Gelsenkirchen.

Offenbar um Geld zu sparen würden Bäume gefällt, auch wenn sie den Straßenverkehr noch lange nicht gefährdeten, so die Klage. Es sei wohl billiger, das Straßengrün einmal völlig kurz zu setzen, heißt es in einer Erklärung. „Dies ist ein grober Verstoß gegen die Erfordernisse des Umweltschutzes“, sagt pro-grün-Vorsitzender Hermann Schweih. „Bäume und Sträucher dämpfen den Verkehrslärm und filtern Schadstoffe wie Stäube aus der Luft.“

Pro grün hat nun Beschwerde bei der Landesregierung eingereicht. In einem Protestschreiben fordert der Verein Verkehrsminister Axel Horstmann (SPD) und Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) auf, der „exzessiven Holzaktion“ Einhalt zu gebieten.

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW hält die Vorwürfe für unangemessen. „Wir kümmern uns um rund 20 000 Kilometer Straßen in NRW. Dass bei der Grünpflege in Einzelfällen auch zuviel des Guten getan wird, will keiner bestreiten“, sagt Sprecher Bernhard Meier. Dies sei jedoch nicht die Regel. Zudem sei die Gehölzpflege abgestimmt mit Fachministerien und Behörden.

„Pro grün“ wurde 1969 in Wattenscheid gegründet und setzt sich für den Erhalt und die Erweiterung von Grünflächen ein. Bundesweit hat der Verein nach eigenen Angaben 72 000 Mitglieder.

WAZ, 21. Januar 2005